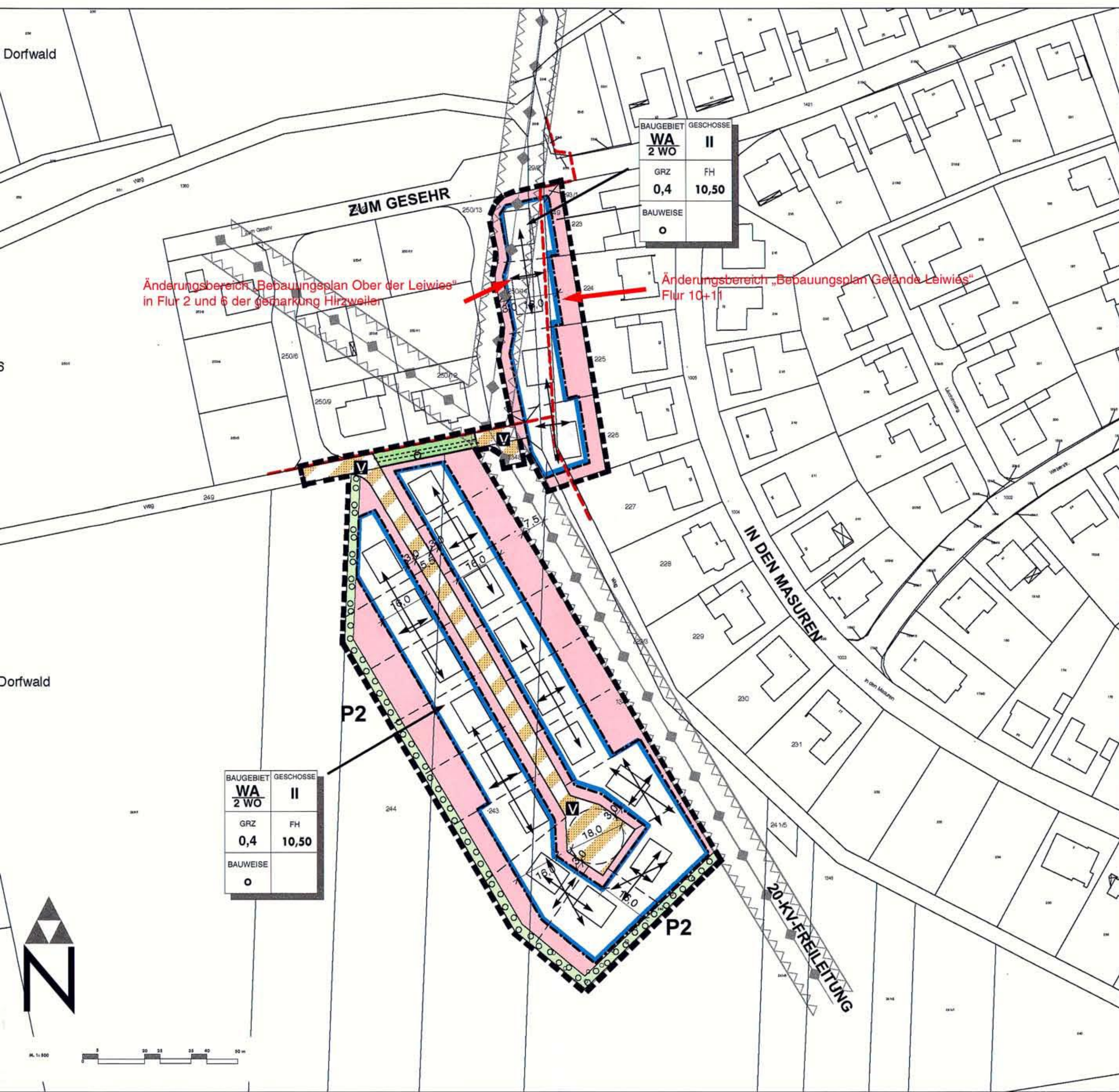




GEMEINDE ILLINGEN, ORTSTEIL HIRZWEILER, BEBAUUNGSPLAN „WOHNGEBIET HIRZWEILER“

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANVZ 1990)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 6 BauGB und § 4 BauNVO)	Allgemeines Wohngebiet
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 - 19 BauNVO)	Beschränkung der Zahl der Wohnungen
3. Bauweise, überbaubare Grundstücksfäche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22, 23 BauNVO)	Hohe baulicher Anlagen; hier: maximale Firsthöhe Zahl der Vollgeschosse Grundflächenzahl
4. Stellung der baulichen Anlage (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)	offene Bauweise Baugrenze
5. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)	Hauptfirstrichtung
6. Hauptversorgungsleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)	Zweckbestimmung: Mischfläche
8. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 19 BauGB)	oberirdisch hier: 20-KV Freileitung
9. Sonstige Planzeichen	Grünflächen (Ø = öffentlich)
	Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 8 BauGB) Hier: Schutzabstand nach energierechtlichen Vorschriften
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
	Änderungsbereich des bestehenden Bebauungsplanes
	Vorschlag Grundstücksgrenze

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB I.V.M. § 12 BAUGB UND BAUNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	Allgemeines Wohngebiet, gem. § 4 BauNVO siehe Plan
1.1 Baugebiet WA	gem. § 4 Abs. 2 BauNVO
1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen	<ul style="list-style-type: none">Wohngebäude,die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden HandwerksbetriebeAnlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.
1.1.2 ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen	gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO
1.1.3 nicht zulässige Arten von Nutzungen	gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	nicht zulässig
2.1 Grundflächenzahl	gemäß §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO, siehe Plan, hier: 0,4
2.2 Zahl der Vollgeschosse	Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von: <ul style="list-style-type: none">Garagen und Stellplätzen mit ihren ZufahrtenNebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVObauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird nicht zulässig.
2.3 Höhe baulicher Anlagen	siehe Plan gem. §§ 16 und 20 Abs. 1 BauNVO, gem. LBO siehe Plan 2 Vollgeschosse
	Als Firsthöhe wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Straßenbelag (gem. Straßenprojekt) und oberste Dachbegrenzungskante festgelegt. Der untere Bezugspunkt (Oberkante fertiger Straßenbelag der den Gebäuden zugeordneten Erschließungsstraße) ist jeweils an der straßenseitigen Gebäudemitte zu ermitteln.

3. BAUWEISE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB	siehe Plan, hier: offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO																								
4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB	hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO. Die Gebäude sind an den im Plan durch Baugrenzen gekennzeichneten Standorten zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis max. 0,5 m) kann gestattet werden.																								
5. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB	siehe Plan, hier: Hauptfirstrichtung																								
6. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB	Ausnahmen von der festgesetzten Firstrichtung sind im Einzelfall zulässig, wenn durch den Einbau solarer oder verwandter Energiegewinnungsanlagen eine abweichende Firstrichtung zum Erreichen des größtmöglichen Wirkungsgrades technisch erforderlich ist.																								
7. BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB	siehe Plan, Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, dass die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden auf max. zwei Einheiten beschränkt ist.																								
8. VERKEHRSFLÄCHEN UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB	siehe Plan, Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, dass die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden auf max. zwei Einheiten beschränkt ist.																								
9. FÜHRUNG VON VER- UND ENTSORGUNGSANLAGEN UND -LEITUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB	siehe Plan, hier: 20-KV-Freileitung																								
10. ÖFFENTLICHE GRÜNLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 19 BAUGB	siehe Plan, öffentliche Grünfläche: Wohngebietsgrün als gliederndes Element Die öffentliche Grünfläche ist mit der Saatgutmischung RSM 7.1.2 (Landschaftsgras - Standard mit Kräutern) einzusäen. In die Fläche ist - außerhalb der Leitungsachse - ein großkroniger Laubbauum gem. Pflanzliste zu integrieren. Innerhalb der öffentlichen Grünflächen sind Anlage zur fußläufigen Anbindung der einzelnen Siedlungsbereiche zulässig. Diese sind wasserdurchlässig zu befestigen.																								
11. MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDEN FLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB	Alle Anpflanzungen auf der öffentlichen Grünfläche haben gemäß den Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB zu erfolgen.																								
12. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB IN ANWENDUNG DES § 18 FF BNATSCHG	siehe Plan, P1: Alle nicht überbaubaren Grundstücksfächen, die nicht für Zufahrten, Umfahrten, Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und intensiv zu begrünen. Pro Grundstück sind mindestens ein standortgerechter Obstbaum- oder Laubbauhochstamm sowie 5 standortgerechte Sträucher gemäß Pflanzliste anzupflanzen. P2: Die mit P2 gekennzeichneten Flächen sind mit standortgerechten, einheimischen Gehölzen in einem Raster von 1,50 m x 1,50 m zu bepflanzen. Mindestens alle 15 m ist ein Stammholz in die Gehölzpflanzung zu integrieren. P3: Für alle Pflanzungen dürfen nur einheimische und standortgerechte Bäume und Sträucher sowie einheimische Obstbaumarten verwendet werden. Die nachfolgende Pflanzliste stellt eine beispielhafte Auswahl geeigneter einheimischer und standortgerechter Gehölze dar.																								
13. BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 B BAUGB IN ANWENDUNG DES § 18 FF BNATSCHG	<table><tr><td>Pflanzliste:</td><td>Spitzahorn</td></tr><tr><td>Feldahorn</td><td>Heckenrose</td></tr><tr><td>Bergahorn</td><td>Sommerlinde</td></tr><tr><td>Hängebirke</td><td>Eberesche</td></tr><tr><td>Winterlinde</td><td>Vogelkirsche</td></tr><tr><td>Hainbuche</td><td>Gemeine Schneeball</td></tr><tr><td>Hartnagel</td><td>Pfeifenhutchen</td></tr><tr><td>Hassel</td><td>Zweigr. Weißdorn</td></tr><tr><td>Eingr. Weißdorn</td><td>Schwarzer Holunder</td></tr><tr><td>Schlehe</td><td>Traubeneiche</td></tr><tr><td>Robuche</td><td></td></tr><tr><td>einheimische Obstsorten</td><td></td></tr></table> Festgesetzte Pflanzqualitäten: Hochstämme/Stammbüsche: 2xv, SIU 10-12 cm Sträucher: 3 Triebe, Höhe 100-125 cm	Pflanzliste:	Spitzahorn	Feldahorn	Heckenrose	Bergahorn	Sommerlinde	Hängebirke	Eberesche	Winterlinde	Vogelkirsche	Hainbuche	Gemeine Schneeball	Hartnagel	Pfeifenhutchen	Hassel	Zweigr. Weißdorn	Eingr. Weißdorn	Schwarzer Holunder	Schlehe	Traubeneiche	Robuche		einheimische Obstsorten	
Pflanzliste:	Spitzahorn																								
Feldahorn	Heckenrose																								
Bergahorn	Sommerlinde																								
Hängebirke	Eberesche																								
Winterlinde	Vogelkirsche																								
Hainbuche	Gemeine Schneeball																								
Hartnagel	Pfeifenhutchen																								
Hassel	Zweigr. Weißdorn																								
Eingr. Weißdorn	Schwarzer Holunder																								
Schlehe	Traubeneiche																								
Robuche																									
einheimische Obstsorten																									
14. FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH GEM. § 9 ABS. 1A BAUGB I.V.M. § 14 ABS. 3 BAUGB IN ANWENDUNG DES § 18 FF BNATSCHG	Sämtliche im Plangebiet getroffenen gründerischen Festsetzungen gelten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und werden den Eingriffsfächen im Plangebiet zugeordnet. Der zusätzlich erforderliche Ausgleich wird über folgende Ersatzmaßnahmen innerhalb der Gemeinde Illingen durch die Naturland Ökofachen-Management GmbH (OFM) erbracht. Herangezogen werden: <ul style="list-style-type: none">die Parzellen Nr. 16, 17 und 18 in Flur 10 der Gemarkung Illingen,die Parzellen 28/4, 32 und 145/46 in Flur 10 der Gemarkung Hirzweiler. Die Gesamtgröße der o.g. Parzellen beträgt ca. 210 ar. Als Maßnahme ist hier jeweils die Extensivierung von Grünland vorgesehen.																								

PHOTOVOLTAIK, BRAUCHWASSERERWÄRMUNG	Anlagen für Photovoltaik und Brauchwassererwärmung sind auf den Dächern zulässig.
VERWENDUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER (REGENWASSERSPEICHERUNG)	<ul style="list-style-type: none">Zur Entlastung des Entwässerungssystems ist unbelastetes Niederschlagswasser vom Schmutzwasser getrennt zu sammeln und in dezentralen Kleinspeichern (z.B. Zisternen, Becken) auf den privaten Grundstücken zu speichern.Die Überläufe der dezentralen Kleinspeichern sind an das vorhandene Kanalsystem anzuschließen.Das Mindestvolumen der dezentralen Kleinspeicher beträgt 5.000 bzw. sollte 40 Liter pro Quadratmeter Dachfläche nicht unterschreiten.
DACHFORM UND DACHNEIGUNG	Es sind allseitig geneigte Dächer mit einer Dachneigung von 22-45° sowie Pultdächer mit einer zur Straßenseite geneigten Dachneigung von 5-15°. Tonnendächer und Flachdächer zulässig. Ausnahmen von der festgesetzten Dachneigung sind im Einzelfall zulässig, wenn durch den Einbau von Sonnenkollektoren oder verwandter Energiegewinnungsanlagen eine abweichende Dachneigung zum Erreichen des größtmöglichen Wirkungsgrades technisch erforderlich ist.
AUFSCÜTTUNGEN	Aufschüttungen sind außerhalb des Baufooters bis zu einer Höhe von 3m zulässig.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB	Zwei Wochen vor Beginn der Bauarbeiten ist der Einsatz von Bau- und Autokranen, Baggern, Betonpumpen usw. sowie das Aufstellen von Gerüsten mit dem Leitungsträger abzustimmen. Im Schutzstreifen sind die Sicherheitsabstände nach DIN VDE 0210 einzuhalten. Für die Gebäude ergibt sich eine max. Bauhöhe von ca. 6m bei einer Dachneigung von über 15° bezogen auf die Kanaldachneigung. Je nach Firstrichtung und genauer Lage des Gebäudes kann sich diese verändern. Aus diesem Grunde sind die Bauantragsunterlagen grundsätzlich dem Leitungsträger zur Stellungnahme vorzulegen sowie die Maßnahmen mit dem zuständigen Bezirk (Servicebezirk Illingen) abzustimmen. Im Schutzstreifen dürfen Bäume und Sträucher, die die Leitung gefährden können, nicht angepflanzt werden (Verwendung von Pflanzen mit entsprechend niedriger Endwuchshöhe). Erdauflösungen sowie die Lagerung und Verarbeitung feuergefährlicher Stoffe im Schutzstreifen bedürfen der Zustimmung des Leitungsträgers.
FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs siehe Plan
HINWEISE	
EINHALTUNG GRENZABSTÄNDE Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang der Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten, sofern der Bebauungsplan nichts anderes festsetzt.	HAUSDRAINAGEN Hausdrainagen dürfen nicht im Grundwasser oder im Bereich von Hangquellen liegen. Bei eventuell auftretendem Grund- oder Hangwasser und der Lage der Kellersohle in diesem Bereich ist eine sogenannte "weiße Wanne" vorzusehen.
DACHBEGRÜNNUNGEN Die Dachbegrünung von Flachdächern und gering geneigten Dächern wird aus ökologischen und gestalterischen Gründen empfohlen. Dabei ist eine extensive Begrünung einer intensiven vorzuziehen.	SCHUTZSTREIFEN Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baupflanzungen zu beachten.
REGENWASSERNUTZUNG Im Planungsbereich sind die Bestimmungen des DVGW Arbeitsblattes GW 125 vom März 1989 (Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen) zu beachten.	BRANDSCHUTZ LÖSCHWASSER Aus dem Trinkwassernetz kann nur eine begrenzte Löschwassermenge sichergestellt werden. Es ist daher zu gewährleisten, dass die Gefahr der Brandausbreitung gering ist. Dies kann durch feuerhemmende Umfassungen und eine harte Bedachung erreicht werden. Die Anforderungen des Regelwerks DVGW W 405 sowie die DIN 14011, Teil 2 sind einzuhalten.
MUNITIONSFUNDE Im Planungsbereich sind Munitionsfunden nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen der Flächen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird daher empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.	OBERFLÄCHENWASSER/ HANGWASSER Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächenwasser sowie evtl. anfallendes Hangwasser fallen in den Verantwortungsbereich der jeweiligen Grundstückseigentümer.
BODENFUNDE Bei Bodenfund besteht Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsgebot gem. § 12 SdSchG.	
REVISIONSMÖGLICHKEITEN Auf den privaten Grundstücken sind im Bereich der Vorzonen Flächen für eine Revisionsmöglichkeit (z.B. Schacht) vorzuziehen.	

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:	<ul style="list-style-type: none">Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 21.06.2005 (BGBl. S. 1818).die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 133), zuletzt geändert durch Art. 3 des IVGW vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 479).die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plangebietes - Plangebietverordnung (PlanV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58).das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (BGBl. I, S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.06.2005 (BGBl. I, S. 1794).das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S.2494), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507).
das saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507).	
der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Dezember 2005 (Amtsbl. S. 2010).	
das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landesplanungsrechts (SLPLG) vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506).	
das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I, S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 24.06.2005 (BGBl. I, S. 1818).	
das Gesetz 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländischen Naturschutzgesetz SNG), Amtsblatt des Saarlandes vom 01. Juni 2006, S. 726	
das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I, S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.06.2005 (BGBl. I, S. 1865).	

<ul style="list-style-type: none">das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodeneinträgen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. September 2004 (BGBl. I, S. 3214).das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990).das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25.06.2005 (BGBl. I, S. 1746).	<ul style="list-style-type: none">das Saarländische Wassergesetz (SWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004, zuletzt geändert durch Artikel 6, Abs. 8 des Gesetzes zur organisatorischen Anpassung und Bereinigung von Landesgesetzen vom 15.02.2006 (Amtsbl. des Saarlandes, S. 493).das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18.07.2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 822).das Saarländische Denkmalschutzgesetz (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 33 vom 22.07.2004, S. 1498).
VERFAHRENSVERMERKE	
<ul style="list-style-type: none">Der Gemeinderat der Gemeinde Illingen hat am 30.01.2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Wohngebiet Hirzweiler" einschließlich Teiländerung der Bebauungspläne „Leiwies“ und „Ober der Leiwies“ (§ 3 Abs. 1 BauGB) beschlossen.	<ul style="list-style-type: none">Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 14.09.2006 geprüft und in die Abwägung eingestellt. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).Der Gemeinderat hat am 14.09.2006 den Bebauungsplan "Wohngebiet Hirzweiler" einschließlich Teiländerung der Bebauungspläne „Leiwies“ und „Ober der Leiwies“ als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB.Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgestellt.
Der Beschluss wurde am 08.02.2006 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).	
Illingen, den 15.09.2006 Der Bürgermeister	
<ul style="list-style-type: none">Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich Belange der Planung betreffen kann, wurden mit Schreiben vom 12.03.2006 von der Planung unterrichtet und zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.	
<ul style="list-style-type: none">Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde in der Zeit vom 17.02.2006 bis zum 24.02.2006 in Form einer öffentlichen Auslegung durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am 08.02.2006 ortsüblich bekannt gemacht.	
<ul style="list-style-type: none">Der Gemeinderat hat am 13.06.2006 den Entwurf des Bebauungsplanes "Wohngebiet Hirzweiler" einschließlich Teiländerung der Bebauungspläne „Leiwies“ und „Ober der Leiwies“ gebilligt und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.	
Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können, am 21.06.2006 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).	
<ul style="list-style-type: none">Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, haben in der Zeit vom 30.06.2006 bis einschließlich 31.07.2006 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).	
<ul style="list-style-type: none">Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 28.06.2006 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.	
Datum / Unterschrift	Katasteramt
Die Übereinstimmung der Katastergrundlage mit dem Liegenschaftskataster ist festgestellt.	
GESETZLICHE GRUNDLAGEN	
<ul style="list-style-type: none">Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 21.06.2005 (BGBl. S. 1818).die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 133), zuletzt geändert durch Art. 3 des IVGW vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 479).die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plangebietes - Plangebietverordnung (PlanV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58).das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (BGBl. I, S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.06.2005 (BGBl. I, S. 1794).das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S.2494), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507).	<ul style="list-style-type: none">das saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507).der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Dezember 2005 (Amtsbl. S. 2010).das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landesplanungsrechts (SLPLG) vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506).das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I, S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 24.06.2005 (BGBl. I, S. 1818).das Gesetz 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländischen Naturschutzgesetz SNG), Amtsblatt des Saarlandes vom 01. Juni 2006, S. 726das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I, S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.06.2005 (BGBl. I, S. 1865).
MASZSTAB 1:1000	PROJEKTBEZEICHNUNG ILL-BP-MAS
PLANNUMMER ILL-BP-MAS-PLAN 2	BEARBEITUNGSSTAND 15.09.2006
BEARBEITUNG DIP.-ING. JÖRG LAUER DIPL.-GEOD. SIMONE EISENHUT	PLANGRÖSSE DIN A 0 IM ORIGINAL
GEMEINDE ILLINGEN - ORTSTEIL HIRZWEILER BEBAUUNGSPLAN "WOHNGEBIET HIRZWEILER" EINSCHLIESSLICH TEILÄNDERUNG DER BEBAUUNGSPLÄNE „LEIWIES“ UND „OBER DER LEIWIES“	
SATZUNG	

